I Einleitung

1.1 Historische Einleitung zu den Hintergründen und Rahmenbedingungen in Spanien seit dem Bürgerkrieg

„In Spanien wütet das Interesse. Es wütet mit einer Schamlosigkeit wie die Welt sie selten gesehen“, so bezeichnete Thomas Mann, dem im Dezember 1936 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, die Intervention der deutschen und italienischen Regime in Spanien, die, so hieß es, aufgrund des Nichteinmischungsabkommens[1] vom Völkerbund still geduldet wurde. Und wirklich hätte die Geschichte anders verlaufen können, hätte der Völkerbund härtere Maßnahmen gegen das deutsche und italienische Auftreten in Spanien ergriffen. So hätte es beispielsweise nicht unbedingt zu einem Sieg von Francos Truppen kommen und die Regierung Largo Caballeros[2] hätte den Aufstand der Militärs niederschlagen können, d. h. Spanien wäre vielleicht von Francos Diktatur verschont geblieben. Möglicherweise hätte dies auch einen differenzierten Verlauf des II. Weltkrieges zur Folge gehabt. In der folgenden Arbeit möchte ich nun die näheren Umstände erläutern, warum sich das republikanische Spanien so entschieden gegen den Einfluß faschistischer Kräfte zu wehren versuchte, der Völkerbund jedoch tatenlos außerhalb des Geschehens stand.

Die ersten Phasen des Spanischen Bürgerkrieges begannen aufgrund der unausgeglichenen inneren Gegensätze adliger und kirchlicher Großgrundbesitzer, gestützt durch die Armee, und besitzloser Land- und Industriearbeiterschaft nach der ergebnislosen Diktatur des Generals Primo de Riviera (1923-1930)[3] und führten 1931 den Sturz der Monarchie herbei. Die seit Dezember 1933 bestehende Regierung wurde von den spanischen Liberalen, die sich in einer radikalen Partei vereinten, unter der Führung Lerroux’ und der katholisch-konservativen Sammelbewegung „Confederación Espanola de Derecha Autonomas“ (CEDA)[4] gebildet. Aufgrund mehrerer Skandale löste sich der Führer der CEDA, José Maria Gil Robles, jedoch von dem Koalitionspartner und die angesetzten Neuwahlen hatten einen Wahlsieg Azañas zur Folge. In Spanien herrschte somit ein reger Regierungs- mit schwankendem Richtungswechsel. Beispielsweise hatte die nationalkonservative und katholische Rechtsregierung von Lerroux und Gil Robles in ihrer Amtszeit von 1933 bis 1936 versucht, die fortschrittlichen Reformen von Manuel Azaña, der zwischen 1931 und 1933 regierte, rückgängig zu machen. Auch machte sich gegenüber den Konservativ Gesinnten ein radikaler Sozialismus und Kommunismus stark, der in der Volksfront vereinigt war und gegen Kirche und Armee feindselig vorging. Der Volksfront gehörten neben der republikanischen Linken des ehemaligen Ministerpräsidenten Manuel Azaña die Republikanische Union, die Sozialisten und die Kommunisten an.[5]

Eine in Spanisch-Marokko unter Führung von General Franco beginnende Militärrevolte am 17. Juli 1936 weitete sich schließlich zum Spanischen Bürgerkrieg aus, wobei dieser „pronunciamiento“, wie einer in der spanischen Geschichte so häufig vorkommender Militärputsch bezeichnet wird, das spanische Volk 3 Jahre lang quälte. Aufgrund des heftigen Widerstandes in der Bevölkerung konnte die

---

1 vgl. Bernecker, Walther L., Der Spanische Bürgerkrieg, Vervuert 1986, S. 85 ff.
2 vgl. Detwiler, Donald S., Die Frage des spanischen Eintritts in den II. Weltkrieg, Wiesbaden 1962, S. 4f.
3 Detwiler, Donald S., Die Frage des spanischen Eintritts in den II. Weltkrieg, Wiesbaden 1962, S.1-5
4 CEDA ist der spanische Bund der autonomen Rechten
5 vgl. Carr, Raymond, Spain, Oxford 1982, S. 605ff.

Regierung jedoch den Militäraufstand allmählich niederschlagen und der erhoffte rasche Sieg mit anschließender Machtübernahme der Putschisten blieb vorerst aus. „Bisherige Kampfhandlungen zeigen alle gleiches Bild“ [6], heißt es in einem einige Tage nach der Erhebung verfassten Bericht der deutschen Botschaft in Madrid nach Berlin. Die Aufständischen waren bewaffnet und hielten öffentliche Gebäude, Kirchen, Kasernen usw. besetzt, doch die auf der Regierungsseite mobilisierten Truppen hatten die Lage bald wieder unter ihrer Kontrolle. So glaubte man zweifelsohne an einen Erfolg der Regierungstruppen.

Durch den starken Widerstand in der Bevölkerung wurde also die Aktivität der aufständischen Truppen gehemmt und ein deutliches Erstarken und Fortschreiten der Regierungstruppen zeichnete sich immer mehr ab. Desweiteren hatte die Regierung ein Programm entwickelt, das einen großen Teil der weitaus ungebildeten spanischen Bevölkerung begeisterte, um unter dem einfachen Volk Einfluß auszuüben. Dagegen konnten ihre Gegner, die Generale, weder diese Künste aufweisen, noch verfügten sie über ein gut durchstrukturiertes Programm. Ihr Ziel war es lediglich, den Kommunismus zu bekämpfen. Auch von der militärischen Seite betrachtet wurde dieses Kräfteverhältnis deutlich und in einem am 25. Juli 1936 in telegraphischem Stil abgefassten Schriftstück wurde von einem „fanatischen Kampfgeist“, der Regierungstruppen berichtet, wobei Verluste leicht aus den Volksmassen zu ersetzen waren, während den „Aufständischen, die nur über Kontingente ihrer Truppenteile“ verfügten, solche Reserven im allgemeinen fehlten.[7]

Die Lage schien eine klare, für die Regierungstruppen positive Wendung zu nehmen und man rechnete allenfalls mit weiter andauernden Kämpfen, jedoch war kaum noch ein Erfolg des Militäraufstandes abzusehen. Kurze Zeit später aber, nachdem Hitler, der zu dieser Zeit in Deutschland als Reichskanzler agierte und von einem regelrechten Expansionsdrang seines faschistischen Reiches besessen war, sich entschlossen hatte, dem Hilferuf des Generals Franco[8] nachzukommen und durch seine „Bayreuther Entscheidung“[9] die Militärerhebung in Spanien zu unterstützen, wurden die Aufständischen vor der sich abzeichnenden Niederlage gerettet. Bereits am 28. Juli 1936 wurde der Franco-Afrika-Armee vom deutschen NS-Regime unter die Arme gegriffen und deren Flugzeuge wurden über die von der republikanischen Flotte beherrschten Straße von Gibraltar transportiert. Der militärische Erfolg der Nationalisten, der 1937 immer ersichtlicher wurde, ist auf die Waffenlieferungen aus dem Ausland (sowohl aus Deutschland als auch aus Italien) und der Bildung einer schlagkräftigen Elitetruppe zurückzuführen.[10] Somit war das Scheitern des Aufstandes der militärisch unterlegenen Faschisten durch ausländische Waffenhilfe verhindert worden. Die militärische Hilfe, die die Aufständischen sowohl von Hitler als auch von dem damaligen italienischen Diktator, Mussolini, erhielten, wurde für die Gegenseite, nämlich der Volksfront, vor allem von der Sowjetunion geleistet, da diese mit allen Mitteln versuchte, „den Faschisten einen billigen Sieg in Spanien“[11] vorzuenthalten. In dieser Phase wurde der Spanische Bürgerkrieg zu einem weltweiten ideologischen Konflikt gesteigert, einem Konflikt, der die Welt fast drei Jahre lang fesselte, und dessen spanischen Ursprung man so gut wie vergaß.[12]

---

6 Detwiler, S., Hitler, Franco und Gibraltar, Wiesbaden 1962, S. 6
7 vgl. Detwiler, S., Hitler, Franco und Gibraltar, Wiesbaden 1962, S. 7
8 vgl. Dahms, Hellmuth Günther, Francisco Franco, Soldat und Staatschef, Göttingen 1972
9 vgl. Abendroth, H. H., Hitler in der spanischen Arena, Paderborn 1973, S. 30 ff.
10 vgl. Carr, Raymond, Spain, 1808 - 1975, 2nd Edition, Oxford 1982, S. 679
11 Detwiler, S., Hitler, Franco und Girbraltar, Wiesbaden 1962, S. 8
12 Bernecker, Walther L., Der Spanische Bürgerkrieg, Vervuert 1986, S. 114 f.

1.2 Die konkrete Situation 1938

In Spanien verurteilte man die deutsche und italienische Intervention; den Republikanern fehlten jedoch die nötigen Mittel um etwas dagegen zu unternehmen. Sowohl die eigenen Truppen als auch die der Internationalen Brigaden, die sich aus antifaschistischen Kämpfern, vor allem Franzosen, Italienern, Polen und Deutschen zusammensetzten, waren mittlerweile so geschwächt, daß bei den immer erbitterterer werdenden Kämpfen die Hoffnung dahinzuschwinden drohte.

Vor allem war nach der Rückeroberung der Stadt Teruel durch die Nationalisten im Februar 1938 die bisher „längste Schlacht des spanischen Bürgerkrieges“[13] und die schwerste Niederlage der Volksfront seit 1936 offensichtlich geworden. Auf republikanischer Seite hatte man über die Hälfte des Angriffsheers sowie zahlreiches Kriegsmaterial eingebüßt.[14] So konnte sich Franco auf spanischem Territorium immer besser „etablieren“ und hatte bereits Anfang 1938 den gesamten Norden Spaniens eingemommen. Für die nach Barcelona umgezogene republikanische Regierung schien die Situation immer aussichtsloser zu werden. Denn auch innerhalb der Regierung gab es Probleme und man neigte dazu, sich in 2 Lager aufzuteilen: Ein Teil sprach sich für eine Flucht der Regierung ins Ausland aus, der andere wollte jedoch eine Kriegsverlängerung erreichen. Die im April 1938 von Negrín[15] getroffene, klare Entscheidung, die Hoffnung auf einen Sieg noch nicht aufzugeben und weiterzukämpfen, hatte dann eine endgültige Spaltung der beiden Lager zur Folge und die vollständige Ausbreitung des Kommunismus schien gesichert.[16] Das von Negrín neu gebildete Kabinett war somit dem Kreml gegenüber positiv eingestellt und die in den letzten Monaten vernachlässigten Hilfslieferungen für das republikanische Spanien aus Rußland flossen wieder in reichlichen Mengen auf die iberische Halbinsel. Auch die neu gebildete Regierung in Frankreich war der Volksfront gegenüber nicht negativ gesinnt und so konnten „im April und Mai 1938 rund 25 000 Tonnen Kriegsmaterial durch Frankreich“ nach Spanien geschleust werden.[17]

Praktisch war die Volksfront auf russische Hilfe angewiesen, da sich vor allem Großbritannien und die USA strikt an das gegen Spanien verhängte Waffenembargo hielten und die republikanische spanische Regierung gleich wie die Aufständischen behandelte. Auch die anderen Länder hatten sich bald von dem Spanien-Konflikt distanziert und so blieb lediglich die Brücke nach Moskau erhalten.

Trotz der erneuten militärischen Unterstützung sah sich die republikanische spanische Regierung, als Spaniens Außenminister mit der Bitte an den Völkerbund herantrat, das gewöhnliche Völkerrecht wieder herzustellen und „frei Kriegsmaterial“[18] kaufen zu können, vor einer schwerwiegenden Niederlage gegenüber den nationalistischen Truppen. Denn nach der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich im März 1938 wuchs auch in Spanien zunehmend die Angst vor einer deutschen bzw. deutsch-italienischen Machtübernahme - Italien verfolgte unter Führung Mussolinis eine an Hitlers Eroberungspolitik angleichende Taktik. Da der gewaltsame Anschluß Österreichs mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker

---

13 Dahms, Helmut, Der Spanische Bürgerkrieg, Tübingen 1962, S. 223

14 vgl. Aznar, M., Historia militar de la Guerra de España, Madrid 1958-1961, S.422 f.

15 Carr, Spain, Oxford, S. 667

16 vgl. Dahms, Der Spanische Bürgerkrieg, Tübingen 1962, S. 234 ff.

17 Merkes, M., Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Bonner Historische Forschungen. S. 344

18 Quelle, S. 109

begründet wurde, und besonders England[19] eine Verständigung mit Deutschland wünschte, wurde dieses brutale Vorgehen der deutschen Truppen allgemein anerkannt. Auch Albanien wurde im April 1938 von Italien besetzt und die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten an Hitler und Mussolini im selben Monat, keine weiteren Gewaltakte zu begehen, wurde abgelehnt sowie auch sein Vorschlag, eine internationale Konferenz einzuberufen, blieb erfolglos. Unbeirrt von diesen Friedensbemühungen führte Hitler seine Expansionspolitik fort und kündigte auch das deutsch-englische Flottenabkommen[20] von 1935 und den deutsch-polnischen Vertrag[21] von 1934.

Unter diesen Voraussetzungen muß auch die Rede des spanischen Außenministers Julio Alvarez del Vayo zur Nichteinmischungspolitik vor dem Völkerbund am 11. Mai 1938 als ein Beweis des Aufschreis Spaniens gegen die deutsche und italienische Intervention betrachtet werden.

II Inhalt des Quellentextes: Zusammenfassung der Rede von Julio Alvarez del Vayo über die Nichteinmischung-Politik

In seiner Rede am 11. Mai 1938 griff Julio Alvarez del Vayo entschieden die Politik des Völkerbundes an und forderte, die „einfache Wiederherstellung des gewöhnlichen Völkerrechtes, durch die die spanische Regierung das Recht zurückerhält, frei Kriegsmaterial zu kaufen“[22]. Aufgrund der vom Völkerbund beschlossenen Nichteinmischungspolitik war es den Mitgliedstaaten untersagt, Waffen an Spanien zu liefern. Alvarez del Vayo verurteilte diesen Beschluß, der das Vorgehen Deutschlands und Italiens praktisch unterstützte. Denn gerade in dieser Situation, in der das republikanische Spanien vor einer erbitterlichen Niederlage stand, fühlte es sich vom Völkerbund vernachlässigt bzw. im Waffenimport sehr eingeschränkt. Der spanische Außenminister sah in der vom Völkerbund betriebenen Politik eine von Berlin und Rom ausgehende Expansionstaktik, die auf der Tatsache beruhte, daß die faschistischen Demokratien ihr Imperium ständig vergrößern und sich nun auch auf spanischem Territorium ausbreiten wollten. Überzeugt von der Standhaftigkeit seines Volkes kündigte er jedoch an, daß die faschistischen Kräfte in Spanien jegliche ihnen aufgezwungene fremde Regierung ablehnen und immer unabhängig sein würden. Er schilderte mit Bedauern das Dahinsiechen verschiedener Demokratien, die das Ziel verfolgten, die Macht über ein immer größer werdendes Imperium inne zu haben und wies auf die prekären Verhältnisse auf der iberischen Halbinsel hin.

Nach Alvarez del Vayo zufolge hatte nun die Stunde geschlagen, in der der Völkerbund zur Herstellung einer richtigen Ordnung in das internationale Geschehen eingreifen und nicht tatenlos das Verschwinden dieser Demokratien mit ansehen sollte. Vom Völkerbund und seinen urspünglich verfolgten Zielen war die republikanische Regierung Spaniens enttäuscht. Hätte dieser nicht schon längst eine Entscheidung aufgrund des Nichteinmischungsabkommens treffen und die Interventionsmächte verurteilen sollen? Nach seinen Aussagen wurde der spanische Bürgerkrieg mit dem Eingreifen der faschistischen Kräfte „internationalisiert“ und hätte zu Gegenmaßnahmen seitens des Völkerbundes führen sollen. Sein Appell richtete sich vor allem an die Großmächte Großbritannien und Frankreich, die

---

19 in England war seit Mai 1937 Premierminister Neville Chamberlain an der Macht.

20 vgl. Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-47, Paderborn 1989, S. 114-116

21 vgl. Forndran, Golczewski, Riesenberger, Nationalsozialistische Bedrohung, Wiesbaden 1977, S. 134f.

22 Quelle, S. 109

scheinbar mit Scheuklappen die Geschehnisse in Spanien verfolgten. Er betonte, daß Spanien imstande sei, die Konflikte in seinem Lande eigenmächtig zu regeln, und forderte die Großmächte lediglich auf, das Prinzip der Nichteinmishungspolitik zu beenden, so daß seine Regierung wieder uneingeschränkt aus Waffenlieferungen aus dem Ausland rechnen konnte.

Er verteidigte die spanischen Regierungsziele und bestätigte die Mitteilungen über die ausländischen Interventionen, die Spanien an seine Umwelt weitergegeben hatte. Weiterhin machte er dem Völkerbund den Vorschlag, mit Untersuchungen über die Verstärkung der aufständischen Truppen und des Materials während der Verhandlungen zwischen italienischer und britischer Regierungen[23] zu beginnen. Schließlich wies Alvarez del Vayo den Völkerbund auf den bei einer Beibehaltung der bisher verfolgten Linie drohenden Krieg hin.

Im Folgenden möchte ich nun im Rahmen der vorliegenden Quelle der Frage nachgehen, warum Spanien im Hinblick auf die Nichteinmischung so entschieden an den Völkerbund appellierte. Welche Beweggründe standen dahinter, welches waren die Staaten, die damals konkreten Einfluß auf die vorherrschende Situation ausübten?

Der näheren Erläuterung der Gründe, warum Spanien diesen prägnanten Aufschrei unternahm, soll sich ein knapper Überblick über die Ereignisse anschließen, die das neutrale Verhalten des Völkerbundes mitbestimmten. Der Schluß wird dann den Ausbruch des 2. Weltkrieges im Hinblick auf die bereits gespannten Beziehungen zwischen den Großmächten, die sich unter anderem auch durch den Interessenkampf im Spanischen Bürgerkrieg ergaben, skizzieren.

III Quellenanalyse

Zu der rechtmäßigen spanischen Linksregierung, in welcher auch die Kommunisten vertreten waren und die unter der Führung von Largo Caballero erfolgte, wurde eine provisorische Gegenregierung gebildet - der sogenannte „Ausschuß für nationale Verteidigung“, der Franco am 29.9.1936 alle Gewalten des neuen Staates übertrug und auch zum Generalissimus, also dem obersten Befehlshaber der „nationalen“ Streitkräfte und zum Staatschef der antirepublikanischen nationalspanischen Regierung ausrief.[24]

Die Vertreter der rechtmäßigen spanischen Linksregierung versuchten jedoch weiterhin, den zum Regierungschef ernannten Militär, Genral Franco, zu stürzen und wieder eine normale Regierung zu bilden. Dieses Ziel wurde vor allem von dem spanischen Außenminister Julio Alvarez del Vayo verfolgt.

3.1 Die Persönlichkeit des spanischen Außenministers Julio Alvarez del Vayo

Julio Alvarez (1891-1975), der in dieser für Spanien sehr schwierigen Zeit als Außenminister sein Land in Genf vor dem Völkerbund vertrat, war ein Sozialist, der sich sowohl als Journalist, Schriftsteller als auch als Diplomat sehr engagierte. Dank

---

[23] vgl. hierzu das Britisch-italienische Abkommen über bilaterale Fragen - damit verbunden war auch die britische Anerkennung der Annexion Abessieniens, siehe Siebert, F., Italiens Weg in den II. Weltkrieg, Frankfurt/Main 1962, S. 67ff.

[24] Carr, Raymond, Spain, S. 674ff.

seiner soliden humanistischen Ausbildung und seinen Studien an der London School of Economics sowie an der Universität Leipzig arbeitete er als Übersetzer und war außerdem Mitarbeiter der damals renommiertesten spanischen Zeitungen. Seine Tätigkeit als Auslandskorrespondent bot ihm die Gelegenheit, problemlos Intellektuelle und Politiker kennenzulernen, wie beispielsweise Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder Lenin, die auch seine politischen Interessen beeinflussten. Die Erfahrungen der von ihm mehrfach unternommenen Reisen nach Rußland erzählte er in einigen Büchern, die großes Interesse weckten: *Das neue Rußland, Der rote Pfad, Rußland mit 12 Jahren*, in denen er die durch die Kommunisten hervorgebrachten Innovationen in Wissenschaft und Kunst zu schätzen wußte, dennoch auch Kritik übte. Seine politische Tätigkeit war voll und ganz von der PSOE[25] umrahmt, obwohl Largo Caballero, der bis 1936 Regierungschef in Spanien war und dem Alvarez del Vayo immer als ein treuer Nachfolger diente, von ihm in einem 1954 veröffentlichten Buch sagte, daß er sich zwar als Sozialist bezeichnete, sich jedoch bedingungslos in den Diensten der kommunistischen Partei befand. Alvarez del Vayo fand, daß man eine „sozialistische Republik im Bündnis mit der Sowjetunion schaffen müsse“[26]. Er beteiligte sich an den Vorbereitungen für die Ausrufung der Republik und wurde bei deren Eintreten zum Botschafter von Mexiko bestimmt und sollte diesen Posten auch in Rußland übernehmen, was jedoch am Fehlen der diplomatischen Beziehungen scheiterte.

Von 1933-1936 gehörte er der Partido Socialista in Madrid an und war Vizepräsident der „Associación Socialista madrileña“, einer sozialistischen Bewegung in Madrid. Außerdem war er einer der Förderer des Zusammenschlusses der jungen Sozialisten mit den Kommunisten, woraus die „Juventudes Socialistas Unificadas“ (JSU) entstand, die eine klarer kommunistischer Tendenz zeigten. Durch den militärischen Aufstand wurde Alvarez del Vayo Staatsminister in dem Kabinett von Largo Caballero, ein Amt das er vom 5.9.1936 - 5.11.1936 inne hatte und später vertrat er Spanien bis zum 18.5.1937 vor dem Völkerrat in Genf. Dort hielt er zahlreiche Reden, bei denen er das Komitee der Nichteinmischung sowie der ungerechten Behandlung, Spanien zu denselben Bedingungen wie die Rebellen darzustellen, beschuldigte. Wiederholte Male forderte er, gegen die Hilfe, die Italien und Deutschland für die in Not geratenen Aufständischen aufbrachten, etwas zu unternehmen. Knallhart forderte er sogar die Vernichtung dieser Länder, da sie die durch die Aufständischen gebildete Regierung anerkannten.

Seine bereits erwähnte Sympathie für die Kommunisten ist auch an der Tatsache zu erkennen, daß er sich bei all den Krisen, in welche diese verwickelt waren, mit ihnen solidarisierte. Vom 5.5.1938 bis zum Ende des Krieges übte er noch einmal das Amt des Außenministers aus; dies geschah damals im 2. Kabinett des Präsidenten Negrín, wobei er mit diesem die Meinung teilte, den Krieg verlängern zu müssen bis sich ein kriegerischer Konflikt mit internationalen Ausmaßen gebildet haben sollte, oder als letzte Hoffnung, bis man einen Frieden ohne Vergeltungsmaßnahmen garantieren konnte.

Vor dem Sturz Cataluñas in die Hände von Francos Truppen, organisierte er den Transport der bedeutendsten heute zum Museo del Prado in Madrid gehörenden Werke, die sich in Figueras befanden, indem er sie nach Genf brachte und dort sicherstellte. Auch schon im Februar 1937 hatte del Vayo Bestrebungen zur Friedenssicherung unternommen und das Angebot unterbreitet, Marokko unter den Westmächten aufzuteilen. Bis hin zu den letzten Kriegstagen versuchte er

[25] PSOE ist die Abkürzung für „Partido Socialista Obrero Español“, der sozialdemokratischen Partei in Spanien.
[26] Dahms, Bürgerkrieg, Tübingen 1962, S. 68

zusammen mit Negrín zu einer Übereinkunft mit den Nationalisten zu kommen, doch seine Friedensanstrengungen blieben erfolglos so wie auch die von Madrid nach Paris unternommene Reise, um Azaña zu einer Rückkehr zu bewegen, keinen Erfolg zeigte. Aufgrund der Machtübernahme des Coronells Segismundo Casado verließ er Spanien und baute sich ein Zuhause im Ausland auf, wo er sich auch bis zu seinem Tode 1975 aufhielt. [27]

3.2 Geschichtliche Einordnung: Der Aufschrei Spaniens zur Intervention der deutschen und italienischen Truppen

3.2.1 Gründe für den Aufschrei Spaniens vor dem Völkerbund im Mai 1938

Der Vorstoß der nationalistischen Armee auf Madrid verursachte bereits im November 1936 große Aufregung in Spanien, doch mit Beginn des Frühjahrs 1938 war auch eine für die nationalistischen Truppen positive Wende im Spanischen Bürgerkrieg erkennbar. Denn das republikanishe Heer befand sich nunmehr fast ausschließlich in der Defensive und die Furcht vor einer diktatorischen Machtübernahme wuchs stetig. Hitlers „Bayreuther Entscheidung“, dem Hilferuf General Francos nachzukommen ist also im Rahmen des Spanischen Bürgerkrieges von sehr großer Bedeutung. In der Nacht vom 25. zum 26. Juli 1936 hatte Hitler den Befehl gegeben, „Franco nicht nur die geforderten zehn, sondern gleich zwanzig unbewaffnete Transportflugzeuge J 52, sechs bewaffnete Jagdflugzeuge He 52 und zwanzig 2-cm-Flak-Geschütze zur Verfügung zu stellen“[28]. Die republikanische spanische Regierung fühlte sich von den faschistischen Kräften bedroht und der Waffenimport für das republikanische Lager war durch das Nichteinmischungsabkommen sehr stark eingeschränkt, da die Westmächte auf die Lage in Spanien mit Waffenembargos für beide in Spanien kämpfenden Parteien antworteten. Dadurch waren nun die republikanischen Truppen benachteiligt, denn Francos Truppen wurden durch deutsche und italienische Hilfe ständig aufgestockt und keine Bestimmungen konnten diese beiden faschistischen Länder hindern, auf der Iberischen Halbinsel immer stärker vertreten zu sein. Dabei konnte das republikanische Spanien nur noch auf Waffenlieferungen aus Russland hoffen, denn die anderen Länder wollten sich mit dem „Nichteinmischungsabkommen“ aus der Affäre ziehen.

Franco, der am 1. Oktober 1936 zum „Generalissimus“ und Staatschef des nationalen Spanien ernannt worden war, nahm also die Hilfe der Achsenmächte wohlwollend entgegen und versuchte „angesichts des immer länger ausbleibenden“ Sieges „das politische Vakuum des nationalen Spaniens“[29] zu füllen. Innerhalb Spaniens erfuhr er von den Monarchisten, Traditionalisten und Falangisten[30] Unterstützung, die jedoch auf der anderen Seite gegen strikte fundamentale Interessen prallten. Im Prinzip hatten die Traditionalisten oder Karlisten mit den Monarchisten oder Alfonsisten viel gemeinsam, indem sich beide Richtungen sowohl als klerikal als auch konservativ betrachteten und für die Restauration der Monarchie eintraten. Jedoch gingen ihre Meinungen über die personelle Wiederbesetzung des spanischen Thrones auseinander; die Monarchisten forderten die Rückkehr des Alfons XIII. oder einer seiner Söhne, wobei die Traditionalisten einen Nachfolger des

---

[27] vgl. Fatas Cabeza, Guillermo, Gran Enciclopedía de España, Zaragoza 1990, S. 45f.

[28] Forndran, Golczewski, Riesenberger, Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung, S. 112

[29] siehe Fußnote 27

[30] Carr, Spain, Oxford, S. 674 ff.

Don Carlos auf die Krone zu setzen versuchten. Die faschistische Gruppierung Falange dagegen war von einer antimonarchistischen Tendenz geprägt und sprach sich gegen einen kirchlichen Einfluß aus.

Die sich immer stärker verhärtenden Gegensätze in Spanien und die einerseits von deutscher und italienischer andererseits von russischer Seite herrührende Unterstützung entwickelte sich bis zum Herbst 1937 zu einem spektakulären Ereignis auf der internationalen Bühne. Doch die von der republikanischen Regierung sehnsüchtig herbeigesehnte Verurteilung der auslänischen Intervention blieb aus. Eine militärische Überlegenheit für Francos Truppen schien sich immer deutlicher abzuzeichnen und die Republikaner mußten ständig neue Verluste hinnehmen. Denn zu diesem Zeitpunkt waren die nationalistischen Truppen auch bereits bis an die aragonesische Front vorgedrungen.

Vor allem die USA verfolgten eine strenge Neutralitätspolitik.[31] Auch das erstmals im November 1936 zusammengetretene „Nichteinmischungskommitee“ verhinderte weder die für das republikanische Heer lebensnotwendigen sowjetischen Hilfslieferungen, noch die deutsch-italienische Unterstützung für die Aufständischen. Aufgrund der Tatsache, daß Stalin 1938 seine Unterstützung so gut wie einstellte wollten die Republikaner nun die Aufhebung der Nichteinmischungspolitik, um gegenüber den Aufständischen, die ständig von Hitler und Mussolini militärisch versorgt wurden, im Waffenimport nicht benachteiligt zu sein.

Mit diesem Hintergrundwissen ist auch der vorliegende Quellentext als „Aufschrei Spaniens an den Völkerbund“ zu betrachten. Im Folgenden möchte ich auf die westliche Intervention sowie die Situation der damals wichtigsten Großmächte eingehen und im Zusammenhang mit der Nichteinmischungspolitik die Institution „Völkerbund“ näher erläutern.

3.2.2 Die deutsche Intervention

Hitlers „Bayreuther Entscheidung“ ist nur auf den Versuch, den Kommunismus zu bekämpfen durchgängig nachweisbar und auch in den meisten bisher vorliegenden Motivanalysen zur nationalsozialistischen Spanienpolitik als das zentrale Argument genannt worden. Sicherlich hatte Hitler jedoch nicht nur dieses Ziel vor Augen, sondern spielten auch andere politische, wirtschaftliche und militärische Faktoren eine Rolle. Die Intervention kann als „Bestandteil der Vorbereitungen des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Weltherrschaft“[32] - solange die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte auf Spanien fiel diente das der deutschen Politik - gesehen werden; sie diente jedoch auch der Rohstoffsicherung in Spanien (besonders an Eisenerz und an Schwefelkies) und wird im Zusammenhang mit dem späteren Vierjahresplan[33] gedeutet. Weiterhin ist das deutsche Eingreifen in Spanien als „militärisches Experimentierfeld“[34] zu betrachten, das der jungen Luftwaffe eine Möglichkeit zur praktischen Eroberung gab. In diesem Zusammenhang wird außerdem die immer besser funktionierende deutsch-italienische Achse Berlin-Rom gesehen, denn Hitler wollte Italien vor dem englischen Einfluß schützen. Natürlich

---

[31] vgl. hierzu das „Spanish Embargo Act“ vom 8. Januar 1937. In: Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst, Geschichte Spaniens, Stuttgart 1993, S. 320

[32] Kühne, Horst, Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936-1939) in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 8. Jg., 1969, S. 273-283

[33] Niedhart, Int. Beziehungen 1917 - 1947, Paderborn 1989, S. 121

[34] Schieder, Wolfgang /Christoph, Dipper, Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-39), München 1976, S. 18-20

hatte Hitler auch Angst vor einer möglichen ideologischen und materiellen Annäherung Spaniens an den französisch-russischen Block.

Mit Großbritannien war bereits 1935 ein Flottenabkommen unterzeichnet worden, Polen hatte man auf seine Seite gebracht und nachdem Italien sich als Freund in der Spanien-Frage erwies, gründete man die Achse „Berlin-Rom“. Auch mit Japan war man sich nun in der Bekämpfung der kommunistischen Internationale einig, der Italien später beitritt.

Was die Wirtschaftsinteressen betraf, so hatte Hitler bereits im Zuge seiner „Bayreuther Entscheidung“ zur Durchführung der beschlossenen militärischen Hilfsaktionen die Wirtschaftsfirmen HISMA[35] und ROWAK[36] gegründet sowie, um den sogenannten „Güteraustausch“[37] sicherzustellen, wobei seine Interessen an den spanischen Rohstoffen natürlich im Vordergrund standen. Das bestätigte auch der im Juli 1937 zum Abschluß gekommene Vertrag zwischen Hitler und Franco zur Sicherung wirtschaftlicher Vorteile der Imperialisten in Spanien. Aufgrund der von Hitler zielstrebig verfolgten Wirtschaftsvorteilen kam es jedoch auch zwischen diesen beiden Diktatoren zu Spannungen und gerade im Frühjahr 1938, als die Lage für Franco äußerst günstig aussah, war eine Reduzierung der „Legion Condor“[38] auf spanischer Seite im Gespräch. Da Franco aber kurze Zeit später wieder auf die Hilfe des deutschen Reichskanzlers angewiesen war, wurde ein Verbleiben der deutschen Truppen „bis zum Endsieg“ vereinbart.[39]

3.2.3 Die Beziehungen zu Italien

Während das Verhältnis Deutschland - Spanien also durchaus Tiefpunkte erfuhr liefen die Verbindungen mit Italien weitgehend spannungsfrei. Denn bereits 1931 nach der Ausrufung der Republik arbeitete Italien mit verschiedenen reaktionären Gruppierungen in Spanien zusammen und später während der Regierung von Primo de Riviera erhielt auch dieser schon finanzielle Unterstützung des italienischen Diktators Mussolinis.

Mussolini, wie auch Hitler, leistete einen beträchtlichen Beitrag zur Unterstützung von Francos Truppen, indem er außer einer Vielzahl militärischer Ausrüstungsgegenstände verschiedener Art ca. 50 000 Soldaten und einige hundert Flugzeuge der „Legion Condor“ sowie geschulte Führungskräfte, U-Boote und neutrale Frachter auf die iberische Halbinsel entsandte. Auch noch im März 1939 kam eine Verstärkungstruppe aus der italienischen Armee um Franco den bereits sicheren Sieg zu gewährleisten.

Mussolinis Motive waren in erster Linie mit der Bekämpfung des Kommunismus verbunden, doch versuchte er auch immer stärker seine imperialistischen Interessen im Mittelmeerraum abzusichern. Desweiteren wollte der italienische Führer sein Prestige verbessern und vor allem Frankreich schwächen oder gar zur Isolierung führen. Außerdem waren auch militärische Ambitionen mit im Spiel. Obwohl Mussolini öfters unerwünschte Ratschläge über die Regierungsführung an Franco übermitteln ließ und ihm sogar einen sehr an das italienische System erinnernden Vorschlag zur

---

35 HISMA ist die Abkürzung für „Compania Hispano-Marroqui de Transportes Ltda.“, vgl. auch Fußnote 35

36 ROWAK ist die Abkürzung für Rohstoff- und Waren-Einkaufsgesellschaft, vgl. auch Fußnote 35

37 Einhorn, Marion, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936 - 1939, Berlin 1962, S. 113

38 vgl. Carr, Spain, S. 682

39 Einhorn, Berlin 1962, S. 161

Verfassung unterbreitete ließ sich Franco jedoch seine Entscheidungsfreiheit gegenüber Italien nicht nehmen und baute diese sogar nach der italienischen Niederlage bei Guadalajara noch weiter aus.[40]

3.2.4 Die sowjetische Hilfe für das republikanische Spanien

Die Sowjetunion, die nach ihrer langjährigen außenpolitischen Isolation, 1934 sogar in den Völkerbund eingetreten war, strebte nach kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit mit den Westmächten, da man Schutz vor dem faschistischen Hitler-Deutschland und dem expandierenden Japan suchte. Dabei wurden die ideologischen Gegensätze verdrängt bzw. zurückgestellt. Moskau konnte der westlichen Intervention in das spanische Geschehen nicht tatenlos zusehen und unterstützte die Volksfront. Der russische Außenminister Litvinov drückte sich in seiner Völkerbundsrede vom Juni 1937 folgendermaßen aus: „Wir wollen nur eins: daß das spanische Volk nach Beendigung der gegenwärtigen Ereignisse wie vor dem Aufstand die Regierung haben kann, die es selbst will und die es auf Grund der von ihm selbst beschlossenen Verfassung freiwillig gewählt hat“[41]. Die Angst vor einer faschistischen Umkreisung Rußlands verstärkte die mächtige Solidaritätswelle aus dem Osten, die sich in Form von Geldsammlungen, Lebensmitteln und auch militärischer Hilfe gestaltete.

Vera Köller schrieb in ihrem Aufsatz über die sowjetische Unterstützung im spanischen Bürgerkrieg von der immensen moralischen Unterstützung, die man den spansichen Freiheitskämpfern gewährt hatte. Tatsächlich verfolgte die UdSSR jedoch das Ziel, den Faschisten einen Sieg in Spanien zu unterbinden; andererseits war sie jedoch auch bemüht, „alle ernsthaften Verwicklungen zu vermeiden, die sie vielleicht in einen größeren Krieg verstricken hätten können, und zweitens die eigenen militärischen Reserven nicht zu sehr zu belasten“[42]. Desweiteren wollte man auch den Anschein der internationalen Zusammenarbeit[43] aufrechterhalten und seine Position im europäischen Mächtekonzern bewahren. Die von russischer Seite unternommenen Friedensbemühungen blieben jedoch erfolglos und die Unterstützung in Spanien schien immer mehr zu scheitern; letztlich ist sie wohl auch auf die „Appeasement-Politik“[44] der britischen Regierung zurückzuführen, die zur erneuten Isolation der sowjetischen Regierung führte und schließlich nur noch eine Bindung an Westeuropa durch den französisch-sowjetischen Pakt bestand. Warum Spanien jedoch nur bis 1938 Waffenlieferungen an Spanien durchführte ist bis heute unklar geblieben.[45]

---

[40] vgl. Bernecker, Walther L., Spanien im Krieg (1936-39). Forschungslage und Desiderate. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1, 1983, S. 142f.

[41] Vera Köller, Die Hilfe der Sowjetunion für das republikanische Spanien. In Wissenschaftliche Zeitschrift, S. 99-102

[42] Harald Geiss, Das Internationale Komitee für die Anwendung des Abkommens über die Nichteinmischung als Instrument sowjetischer Außenpolitik 1936 - 1938, Frankfurt 1977, S. 64 ff.

[43] vgl. Frz.-russ. Beistandspakt und Wandel in der Politik der Komintern. In: Geiss, Das Internationale Kommitee, Frankfurt 1977, S. 140 f.

[44] Die Appeasement-Politik war die außenpolitische Haltung der britischen Regierung unter Premierminister Chamberlain, die von der letztlich irrigen Annahme ausging, man könne durch territoriale Zugeständnisse an Hitler mit diesem zu verläßlichen internationalen Vereinbarungen kommen und so den Frieden in Europa aufrechterhalten, zumindest aber Zeit für die eigene Aufrüstung gewinnen. Vgl. auch Forndran, Golczewski, Riesenberger, Innen- und Außenpolitik, Wiesbaden 1977, S. 332-338

[45] Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst, Geschichte Spaniens, Stuttgart 1993, S. 319

3.2.5 Die Lage in Frankreich und England 1938

Frankreich, das in den 30er Jahren sowohl eine sozialökonomische und dadurch auch innenpolitische Krise durchlief, wobei auch das politische Regime zu versagen schien, hatte somit auch in seinen außenpolitischen Entscheidungen eine schwere Stellung gehabt.

Blum bildete nach dem Sturz des Ministerpräsidenten Chautemps seine zweite Volksfront. Nach mehrmaligem Drängen Negríns, dem damaligen „rechtmäßigen spanischen Staatschef“, gehörte dann auch die Öffnung der Pyrinäengrenze zu den ersten Entscheidungen der „neuen“ Regierung. Frankreich wollte einen Verständigungsfrieden erreichen und mit Hilfe der britischen Regierung zu Vermittlungsgesprächen verhelfen. Man fürchtete nämlich ein Durchbrechen deutscher und italienischer Truppen an der Südflanke Frankreichs.[46]

Die im Mai 1935 verstärkte Beziehungsaufnahme zur Sowjetunion und der daraus resultierende „französisch-sowjetische Beistandspakt“[47], der jedoch praktisch unwirksam war, ließ immer stärkeren kommunistischen Einfluß in Frankreich zu. Innenpolitisch schloß sich die französische Linke 1936 mit der Volksfront zusammen um der „nationalsozialistischen Herausforderung“ außenpolitisch energisch entgegentreten zu können. Die Angst vor dem Nachbarn Deutschland wurde immer größer, das mit seiner radikalen Kampfansage gegen das vorwiegend durch Frankreich entstandene Friedensabkommen des Versailler Vertrages von vornherein gedroht hatte. Frankreich wollte somit im Bündnis mit Rußland und den Garantien mit Großbritannien und den USA sowie der Errichtung des Völkerbundes die dauerhafte Schwächung des Erzfeindes erreichen.Blums positive Haltung gegenüber dem spanisch-republikanischen Hilfeersuchen scheiterte an der Entscheidung des Kabinetts, dem Nichtinterventionskommitee beizutreten. Diese Meinungsänderung geschah wahrscheinlich auf englischen Druck hin.

In Großbritannien wurde eine sogenannte „world appeasement“-Politik[48] immer stärker vertreten, also die Vermeidung eines neuen Krieges und eine weltweite Friedenssicherung angestrebt. Schon bei den Friedensverhandlungen in Versailles setzte sich die britische Verhandlungsdelegation im Gegensatz zu Frankreich für einen Beschwichtigungskurs gegenüber Deutschland ein. Der 1937 zum Premierminister ernannte Chamberlain schloß Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte nicht aus, obwohl ihm Krieg als „zutiefst interessenwidrig“ erschien. Großbritannien war, wie Frankreich, so geschwächt, daß sie mit den internationalen Ereignissen überfordert waren. Auf der britischen Insel fürchtete man einen finanziellen Kollaps, wenn noch mehr in die Rüstung investiert würde und so wurde davon abgesehen; somit ist es zu erklären, warum das militärische deutsche Potential überschätzt wurde und die Angst vor Deutschland stetig wuchs. Damit ist auch die britische Tatenlosigkeit zu interpretieren, die sich erst bei der deutschen Vertragsverletzung im April 1936 mit dem Einmarsch deutscher Truppen ins entmilitarisierte Rheinland zumindest scheinbar, wenn auch nicht wirklich, änderte. Von da an existierte auch die „Stresa-Front“, d. h. eine Vereinigung zur Verurteilung der deutschen Vertragsverletzung. Im Hinblick auf den Spanischen Bürgerkrieg war es vor allem Großbritannien, das sich aktiv für die Neutralitätspolitik einsetzte, denn man befürchtete, in Konflikt mit dem deutschen Führer und Reichskanzler Adolf Hitler sowie dem italienischen Ministerpräsidenten und Duce Benito Mussolini zu geraten.

---

[46] Forndran, Golczewski, Riesenberger, Nationalsozialistischer Bedrohung, Wiesbaden 1977, S. 32 ff.

[47] Niedhart, Int. Beziehungen 1917- 1947, Paderborn 1989

[48] vgl. Fußnote 43

3.3 Der Völkerbund

3.3.1 Ziele des Völkerbundes

Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrages[49] am 10.1.1920 nahm auch der Völkerbund, durch welchen 27 Siegerstaaten - wobei sich die tatsächliche Entscheidungsmacht jedoch auf die 2 Großmächte Großbritannien und Frankreich verteilte - vertreten waren, seine Tätigkeit auf. In erster Linie diente er „zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“[50], wie es in der Präambel der Völkerbundsatzung hieß. Krieg sollte nach Möglichkeit ein für allemal abgeschafft und die Friedenssicherung vertraglich festgelegt werden, was sich mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit, also der Garantie von Frieden und Sicherheit durch Zusammenarbeit der Völker, verband. Mit dem Völkerbund war somit ein supranationales kollektives Sicherheitssystem erschaffen.

Der Völkerbund sollte im Ernstfall als Gericht fungieren und einem Aggressor Sanktionen verhängen sowie die Einhaltung gewisser Fristen kontrollieren. Zu seinen wichtigsten Bestimmungen zählten territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängikeit, friedliche Konfliktregelung und Schiedsgerichtsbarkeit, der Abbruch von Handels- und finanziellen Beziehungen zu einem Aggessor sowie die Verpflichtung zum Beitrag mit Land-, See- und Luftstreitkräften gegen den Aggressor und zur Unterstüzung von militärischen Maßnahmen gegen ihn vorzugehen. Außerdem wurden Bestimmungen über die gegenseitige Abrüstung getroffen.

Als Organe dienten die einmal pro Jahr zusammentretende Völkerbundversammlung, an der alle Mitglieder teilnahmen, und der Völkerbundsrat, der sowohl ständige als auch auf Zeit gewählte Mitglieder vereinte. Es kam somit zu einer ganz neuen Form staatlicher Kommunikation. Aus dieser Organisation, die nun in der UNO fortwährt, erwuchs auch das Internationale Arbeitsamt und Konferenzen zur Weltwirtschaft und Abrüstung. In seinem Hauptziel, nämlich der Fähigkeit, Konflikt zwischen Staaten zu schlichten und somit kriegerische Auseinandersetzungen fern zu halten, ist der Völkerbund jedoch gescheitert. So siegten auch in der Spanien-Frage die nationalstaatlichen Machtinteressen vor der im Völkerbund festgelegten supranationalen Friedenssicherung.

3.3.2 Das Nichteinmischungskomitee

Eine Außenministerkonferenz, an der sich Großbritannien, Frankreich und Belgien beteiligten, fand am 23. und 24. Juli 1936 in London statt. Man wollte über den Entwurf eines neuen 5-Mächte-Paktes zur kollektiven Sicherheit beraten, wobei Deutschland und Italien in den Pakt miteinbezogen sein sollten. Blum, der Regierungschef Frankreichs, stieß aufgrund seiner dort geäußerten Bereitschaft, Francos Truppen zu unterstützen, auf Ablehnung. Gerade Großbritannien fürchtete eine internationale Verwicklung. Frankreich verwirklichte jedoch anfangs diese militärische Zusage für die Hilfe und ließ über Drittländer wie beispielsweise Mexiko,

---

[49] vgl. Krummacher/Wucher, Die Weimarer Republik, München 1965, S. 82

[50] Text in: P.J. Opitz/ V. Ríttberger, Forum der Welt, 40 Jahre Vereinte Nationen, Bonn 1986, S. 307 ff.

„das der spanischen Republik bis Anfang August 1936 rund 30 000 Gewehre und 20 Millionen Schuß Gewehrmunition“[51] lieferte, Kriegsmaterial zukommen.

Großbritannien hatte vor einer französischen Intervention Angst und sah bereits das ihm sehr wichtige Abkommen zur kollektiven Sicherheit dahinsiechen. Auf französischer Seite wurde das Flottenabkommen London - Berlin mit Besorgnis gesehen und alle Handlungen mit äußerster Vorsicht vollzogen. Deutschland entsandte - abgesehen von militärischer Unterstützung sowohl Ausbilder- als auch Transportpersonal.

Aufgrund des stillschweigenden Akzeptierens der von Deutschland betriebenen aggressiven Politik wie beispielsweise die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die offensive Aufrüstung oder die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes waren bereits feste Meilensteine gesetzt, die alle geduldet worden waren, und so wurde auch bei der deutschen Intervention in Spanien nicht mit einer Einmischung anderer Staaten gerechnet. Auch das im Juni 1935 abgeschlossene Flottenabkommen bestätigte das tatenlose Verhalten Großbritanniens gegenüber einem Vertragsbruch des Versailler Vertrages. Desweiteren sah man den Völkerbund nicht als potentiellen Störfaktor, da dieser auch in der Abessinien - Streitfrage lediglich belanglose Sanktionen verhängt hatte. Auf Drängen Großbritanniens und auch Frankreichs kam es dann am 9. September 1936 zur Bildung eines 26 europäische Staaten umfassenden „Nichteinmischungskomiteees“. Sogar Deutschland und Italien hatten sich dem Komitee angeschlossen. Doch anstatt deren militärisches Eingreifen zu verurteilen „wies das Komitee zunächst alle von der republikanischen spanischen Regierung und dem Vertreter der Sowjetunion erhobenen Proteste gegen das deutsche und italienische Eingreifen als unbegründet zurück“[52]. Auch auf Bitten der spanischen Regierung, gegen das Eingreifen der Faschisten etwas zu unternehmen, wurde lediglich mit nichtssagenden Resolutionen geantwortet. Tatsächlich lief jedoch die Intervention der deutschen und italienischen Truppen weiter. Auch alle Drohungen von sowjetischer Seite vor dem Nichteinmischungsausschuß in London, ihre Neutralitätspolikitik zu beenden, hatten keinen Zweck und veranlassten die russischen Kommunisten, der bedrohten spanischen Republik mit Waffenlieferungen - die erste traf am 12. Oktober 1936 in Spanien ein - und der Entsendung von militärischen Beratern zur Seite zu stehen.

Die in Frankreich aufkommenden Unruhen wegen der Nichteinmischungspolitik wurde von der Regierung Blum mit einem Bruch der im Dezember 1935 geschlossenen Handelsabkommen zwischen Spanien und Frankreich entgegnet und mit der „strikten Neutralität“ begründet. In dem Handelsabkommen wurde festgelegt, daß Spanien Waffen im Wert von 100 Francs pro Jahr abnehmen sollte.
Diese Haltung bedeutete für die spanische Regierung das Aus, denn nun konnte sie auf keine militärische Hilfe der Westmächte mehr bauen; auch Großbritannien und die USA verhängten ein Waffenembargo gegen Spanien und behandelten die rechtmäßige spanische Regierung gleich wie die Aufständischen. Praktisch kam die Nichteinmischung somit jedoch einer direkten Unterstützung des deutschen und italienischen Regimes gleich, da Francos Truppen die militärische Hilfe dieser Länder erhalten blieb. Die vom Völkerbund verabschiedeten, jedoch allein von

[51] Smith, Mexiko and the Spanish Republic, Berkley/ Los Angeles 1955, S. 12 ff.
[52] Einhorn, Marion, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936 - 1939, Berlin 1962, S. 98

Großbritannien durchgeführten Kontrollmaßnahmen an der Landgrenze Spaniens dienten nur zum Schein und konnten leicht umgangen werden.[53]

Warum Alvarez del Vayo mit seinem erneuten Anliegen an den Völkerbund, den faschistischen westlichen Kräften in Spanien entgegenzutreten und die Nichteinmischungspolitik aufzugeben, erfolglos blieb und sich die Westmächte mit ihrer tatenlosen Politik sozusagen eine „schwere Schuld“[54] gegenüber dem spanischen sowie auch anderen Völkern aufgeladen hatten, soll nun im folgenden erörtert werden.

3.3.3 Gründe für das neutrale Verhalten des Völkerbundes

Wahrscheinlich ist die Nichteinmischungspolitik mit der Angst vor einem Sieg der Demokratie in Spanien und der Errichtung einer Volksfrontrepublik zu begründen. So ist auch aus einem Schreiben des französischen Außenministers Delbos am 1.8.1937 an den amerikanischen Botschafter in Paris, Bullit, der über ein Gespräch Edens mit Delbos berichtet, offen zu entnehmen: „...that he would prefer to see Franco win and that he believed that Great Britain could make an agreement with Franco which would ensure the departure of Germans and Italians from Spain“[55].

Aus britischer Sicht waren die eigenen Ausbeutungs- und Einflußmöglichkeiten in Spanien von Bedeutung und hätten bei einem Sieg der Demokraten auf der iberischen Halbinsel dahinschmelzen können. Auch hier hatte man Angst vor einem Endsieg der Kommunisten und sah schon deshalb von einer Intervention zugunsten der spanischen Volksfrontrepublikaner ab. Außerdem wollte Großbritannien einen Aufstand der Arbeiterklasse und der unterdrückten Kolonialbevölkerung, der möglicherweise zur Etablierung einer demokratischen Verfassung geführt hätte, auf keinen Fall fördern. Die Westmächte versuchten mit der Nichteinmischungspolitik, die zur tatsächlichen Errichtung der Diktatur einen nicht geringen Beitrag leistete, einer gefürchteten sich weltweit ausbreitenden Linksbewegung einen Riegel vorzuschieben und ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Denn Großbritannien rechnete weiterhin als der ökonomisch stärkste Partner Spaniens mit „guten Auslandsbeziehungen“ zu Spanien.

Die Sowjetunion jedoch unternahm alle Anstrengungen im Völkerbund, um zu einer „kollektiven Sicherheit“ zu gelangen und die Interventionsmächte wieder auf die richtigen Bahnen zu führen. Sogar der vom sowjetischen Vertreter eingebrachte Vorschlag, die portugiesischen Häfen zu kontrollieren, da immer wieder von Deutschland und Italien aus Waffentransporte über Portugal erfolgten, wurde abgelehnt und erst viel später von Großbritannien alleine ausgeführt. Auch weitere zahlreiche Bemühungen der Sowjetunion endeten immer nur, im günstigsten Fall, mit gegenstandslosen Übereinkünften von seiten des Völkerbundes.

Die nordischen Staaten hatten sowieso nur die Verteidigung des eigenen Staatsgebietes und eigennützige wirtschaftliche Interessen im Auge, was auch sie zu

---

[53] Esch, van der, P.A.M., Prelude to War, The International Reprecussions of the Spanish Civil War 1936-1939, The Hague, 1951, S. 54 ff

[54] Einhorn, Marion, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939, Berlin 1962, S. 100

[55] Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1937, vol. 1, Washington 1954. S. 369

einer neutralen Stellung in der Spanien-Frage bewegte.[56] Der amerikanische Präsident Roosevelt vermied jegliche Parteinahme, obwohl er mit den Republikanern sympathisierte.

Letztlich nahmen die Westmächte das Nichteinmischungsabkommen als Vorwand für ihre eigene Passivität im Hinblick auf den Spanien-Konflikt, denn inoffiziell kam ihr Verhalten einer Unterstützung der Rebellen gleich. Die Nichteinmischung verhärtete die Fronten zwischen den Westmächten noch mehr und kann mitunter als Ursache aufgeführt werden, daß der II. Weltkrieg als Krieg zwischen den imperialistischen Mächten begann.

3.3.3 Die Machtlosigkeit des Völkerbundes

Von vornherein ist der Nichtbeitritt der USA zum Völkerbund als negativ zu bewerten, denn es fehlte die Stärke einer Führungsmacht. Nur Großbritannien, das seine Vormachtstellung bereits beträchtlich eingebüßt hatte, und Frankreich waren als Großmächte dauernde Mitglieder des Völkerbundes. Deutschland wurde erst 1926 als Mitgliedsstaat zugelassen und war nur bis 1933 eines; die Sowjetunion von 1934-1939 und Italien bis 1937. Diese Voraussetzungen führten zu einer dominierenden Stellung Frankreichs, das den Völkerbund dazu benutzte, seine Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Auch durch die Aufnahme der Völkerbundsatzung im Versailler Vertrag, womit also eine Verquickung der beiden Übereinkünfte stattfand, kam es zur Diskreditierung des Völkerbundes, der von den besiegten Staaten nicht ganz zu Unrecht als Zwangsmittel in der Hand der Siegermächte zur Durchsetzung des Versailler Vertrages angesehen und deshalb bekämpft wurde[57]. Außerdem waren die übernationalen Bestimmungen in der Satzung zu schwach gegenüber nationalstaatlicher Souveränität und nationalstaatlichem Machtinteresse, das sich zusammen mit dem Wirtschaftsinteresse im Zweifelsfall gegen supranationale Prinzipien und Verpflichtungen durchsetzt. Schon die 1935 verhängten Wirtschaftsanktionen gegen Italien wurden unterlaufen, weswegen auch die Intervention in Spanien ohne Komplikationen seitens des Völkerbunds gesehen wurde. Statt einer vereinbarten kollektiven wurde eine traditionelle einzelstaatliche Außenpolitik betrieben.

Das Scheitern ist auch auf das Fehlen eines Exekutivorganes zum schnellen Handeln zurückzuführen. Man hätte im Falle Spaniens sofort handeln und die deutschen sowie italienischen Lieferungen radikal stoppen sollen. Ein Handeln war jedoch auch nur möglich, wenn das Interesse aller Großmächte in dieselbe Richtung ging. In der Spanien-Frage war die den Westmächten Angst einflößende aggressive Außenpolitik des Deutschen Reiches und Italiens einfach hingenommen worden, denn die im Völkerbund vertretenen Staaten wollten einen Konflikt mit den sich in Europa immer stärker ausbreitenden Faschisten vermeiden. Auch zu der in der Völkerbundsatzung eigentlich festgelegten Abrüstung war kein Staat bereit.
Der Völkerbund hatte sozusagen kaum noch „Zähne“ und war ohnmächtig geworden, da er seiner Rolle als Schiedsrichter, Kriegsmanager und Garant des Völkerrechts absolut nicht gewachsen war.

---

[56] vgl. Wolfgang Hein und Georg Simonis, Theoretische und methodische Probleme einer kritischen Theorie internationaler Politik, in Politische Vierteljahresschrift, XIV. Jahrg. Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, S. 85-106

[57] D. Junker, Deutsche Parlamentsdebatten, Bd. 2, 1919-1933, Frankfurt/Main 1971, S. 31ff.

IV Schlußteil
Der Beitrag des Spanischen Bürgerkrieges zum Ausbruch des II. Weltkrieges

Hätten die beiden Bürgerkriegsparteien von vornherein nur ihre eigenen Kräfte eingesetzt, so wäre die Auseinandersetzung vermutlich bereits im selben Jahr, also 1936 noch entschieden worden; ja vielleicht wäre man sogar zu einem Kompromiß gekommen, den jedoch 1939 niemand mehr aushandeln konnte. Letztlich ist auch die kontinuierliche Unterstützung der Achsenmächte für Francos Sieg entscheidend gewesen, da die Quantität der Waffenlieferungen nicht immer anzuführen ist. Beispielsweise waren nämlich die Hilfslieferungen der Russen für die Republikaner in den Monaten November/Dezember 1936 von wesentlich größerem Ausmaß als die der Achsenmächte für Franco im selben Zeitraum. Jedoch hatten auch die Republikaner ihre gegebenen Vorteile mit der Industrie im Norden und in Katalonien nicht genutzt; außerdem waren die Nationalisten besser organisiert.[58] Bis heute streiten sich die Historiker über die Menge der Gesamtlieferungen an Waffen, Flugzeugen etc.; als sicher und beweisbar gelten auf alle Fälle die russischen, französischen und anfangs sogar auch britischen Hilfslieferungen für das republikanische Spanien wohingegen Deutschland, Italien und teilweise auch Portugal und die USA Francos Truppen zu Hilfe kamen. Da Spanien im Laufe des Bürgerkrieges jedoch nur als „Nebenschauplatz“ für die Großmächte galt konnte Franco eine relativ große Unabhängigkeit in politischen Fragen bewahren und die von den Italienern und Deutschen geforderte Unterstützung, als diese 1940 gegen England Krieg führten, zurückweisen. Je größer Francos Herrschaftsgebiete jedoch wurden, desto weiter klafften die Gegensätze zwischen den Westmächten auseinander, da sich auch diese weiterhin einen Nutzen von der Spanischen Wirtschaft erhofften und somit die eigenen nationalen Interessen wieder in den Vordergrund gedrängt wurden.

Letztlich ist die mangelnde Beteiligung der Westmächte, im Rahmen des Nichteinmischungskomitees in Spanien durchzugreifen, für Hitler durchaus ein Ansporn sowie eine Bestätigung gewesen, mit seiner unaufhaltbaren Expansionsstrategie fortzufahren, womit dem Spanischen Bürgerkrieg zwar nur eine mittelbare jedoch nicht zu unterschätzende Bedeutung beim Ausbruch des II. Weltkrieges zukommt. Denn ihre Nachgiebigkeit bestärkte den Machtwillen des Diktators und bereits fünf Monate nach Beendigung des Konflikts auf der Iberischen Halbinsel stand Europa bereits in Flammen.

[58] Carr, Spain, Oxford 1982, S. 683

Bibliographie

ABENDROTH, H. H. Hitler in der spanischen Arena, Paderborn 1973

AZNAR, M., Historia militar de la Guerra de España, Madrid 1961

BERNECKER, Walther L., Der Spanische Bürgerkrieg, Materialien und Quellen, Vervuert 1986

BERNECKER, Walther L., Spanien im Krieg (1936-39), Forschungslage und Desiderate. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1,1983, S. 142f.

BERNECKER, Walther L./PIETSCHMANN, Horst, Geschichte Spaniens, Stuttgart 1993

CARR, Raymond, Spain 1808 - 1975. Oxford History of Modern Europe, 2nd Edition, Oxford 1982

DAHMS, Hellmuth Günther, Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939, Tübingen 1962

DAHMS, Hellmuth Günther,Francisco Franco, Soldat und Staatschef, Göttingen 1972

DETWILER, S. Donald, Hitler, Franco und Gibraltar. Die Frage des spanischen Eintritts in den II. Weltkrieg, Wiesbaden 1962

EINHORN, Marion, Spanienintervention, Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1937-1939, Berlin 1962

ESCH, van der, P.A.M., Prelude to War. The Internationals Reprecussions of the Spanish Civil War 1936-1939, The Hague 1951

FORNDRAN, GOLCZEWSKI/RIESENBERGER, Innen- und Außenpolitik unter national sozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, Wiesbaden 1977

FATAS CABEZA, Guillermo, Gran Enciclopedía de España, Zaragoza 1990

FOREIGN Relations of the United States, Diplomatic Papers 1937, vol. 1, Washington 1954, S. 369

GEISS, Harald, Das internationale Komitee für die Anwendung des Abkommens über die Nichteinmischung in Spanien als Instrument sowjetischer Außenpolitik, Frankfurt 1977

HEIN, Wolfgang/SIMONIS, Georg, Theoretische und methodische Probleme einer kritischen Theorie internationaler Politik, in: Politische Vierteljahresschrift, XIV. Jg., Opladen 1973, S. 85-106

JUNKER, D., Deutsche Parlamentsdebatten, Bd. 2, 1919-1933, Frankfurt 1971,

S. 31ff.

KÖLLER, Vera, Die Hilfe der Sowjetunion für das republikanische Spanien - ein leuchtendes Beispiel des proletarischen Internationalismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin Jg. VII, 1957/58, Nr. 1, S. 99-102

KRUMMACHER F.A. /WUCHER A., Die Weimarer Republik, München 1965

KÜHNE, Horst, Ziele und Ausmaß der militärischen Intervention des deutschen Faschismus in Spanien (1936-1939), in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 8. Jg., 1969, S. 273-283

MERKES, M., Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg 1936-39, Bonner Historische Forschungen, S. 344

NIEDHART, Gottfried, Internationale Beziehungen 1917-1947, Paderborn 1989

OPITZ, P.J./RITTBERGER, V., in: Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen, Bonn 1986, S. 307 ff.

SCHIEDER, Wolfgang/DIPPER, Christoph, Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936-39), München 1976,

SIEBERT, F., Italiens Weg in den II. Weltkrieg, Frankfurt/Main 1962

SMITH, L. E., Mexico and the Spanish Republic, Berkeley/Los Angeles 1955